



Herrn  
**Ministerpräsident**  
**David McAllister**  
Niedersächsische Staatskanzlei  
Planckstraße 2

für Lebensqualität in Göttingen

Email: [leinebuerger@web.de](mailto:leinebuerger@web.de)  
[www.leinebuerger.org](http://www.leinebuerger.org)

30169 Hannover

Göttingen, 5. Juli 2012

## **Neubau des ‚Festen Hauses‘ für Patienten im Maßregelvollzug in Göttingen**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident McAllister,

Niedersachsen nennt sich ‚Land mit Zukunft‘. Sie postulieren: „Mit klar definierten Zielen richten wir das Land Niedersachsen aus für die Zukunft – menschlich, innovativ und weltoffen.“ Wir nehmen Sie beim Wort, Herr Ministerpräsident und freuen uns, dass „menschlich“ an erster Stelle steht. Doch leider hinkt in manchen Bereichen das staatliche Handeln durch Ihre Behörden diesem Ansinnen sehr weit hinterher.

Ein Beispiel erleben wir gerade bei uns in Göttingen. Das Land Niedersachsen will den über Jahrzehnte geplanten Neubau eines Hochsicherheitstrakts für Patienten im Maßregelvollzug endlich verwirklichen. Das ist grundsätzlich begrüßenswert, gerade unter dem Anspruch der Menschlichkeit. Allerdings soll dafür ein idyllischer landeseigener Park zerstört werden, der seit Jahrzehnten von Psychiatriepatienten des früheren Landeskrankenhauses (LKH) Göttingen, heute Asklepios Fachklinikum Göttingen und Göttinger Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam genutzt wird. Hier passiert tagtäglich selbstverständlich gelebte Inklusion - unter dem Gesichtspunkt der Menschlichkeit ebenfalls ein wichtiger Beitrag für das Gemeinwohl. Nun drängen die Planer auf eine Abholzung des Parks bereits in diesem Herbst, weil das Land 40 Millionen Euro für den Neubau bereitstellt.

Dabei besteht überhaupt keine Notwendigkeit, diesen Park zu zerstören, denn nur 300 Meter südlich liegt ein baugelogisch nahezu identisches Gelände, ebenfalls Eigentum des Landes Niedersachsen. Es handelt sich um einen Teilbereich des ehemaligen Landesjugendheims, der seit Langem brach liegt. Nur ein kleiner, durch dichten Bewuchs abgeschirmter Teil wird von der Jugendanstalt Hameln/Abteilung Offener Jugendvollzug Göttingen genutzt. Auf dem restlichen Gelände verrotten verlassene Gebäude.

Das Alternativgelände ist ein idealer Standort für den Neubau aus mehreren Gründen:

- Früher oder später müssen die Gebäude ohnehin abgerissen werden, weil das öffentliche Wohl gefährdet wird. Warum nicht im Zuge des Neubaus?
- Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie will Niedersachsen seine Ressourcen schonen. Wir begrüßen die Kampagne „Flächen sparen – Land bewahren“ des Umweltministeriums. Welcher Eindruck entsteht allerdings, wenn ausgerechnet Landesbehörden (aus Kostengründen: 100.000 Euro) sich sinnvollem Flächenrecycling verweigern?

- Das Alternativgelände ist ebenfalls idyllisch und besticht durch einen schönen Fernblick über das Leinetal. Ideale Bedingungen für die Patienten im Maßregelvollzug ohne Lockerungen.
- Der großzügigere Zuschnitt des Geländes ließe den Hochsicherheitstrakt weniger eingepfercht wirken, als es im Park der Fall wäre.
- Es bestünde für die Zukunft eine Erweiterungsoption direkt auf dem Gelände, sollte dies erforderlich werden.
- Das Konfliktpotenzial würde durch die Wahl des Alternativgeländes entschärft. Gegenseitige Störungen der unterschiedlich ausgerichteten Therapieeinrichtungen (Maßregelvollzug und Psychiatrie) sowie der Anwohner würden von vornherein vermieden.
- Das Gelände liegt – anders als der Park, der keine Zufahrtsmöglichkeit hat und erst über eine umständliche (deshalb kostspielige) neu zu bauende Straße erschlossen werden müsste – direkt an der Landesstraße. (Einsparpotential)
- Schallschutz muss in jedem Fall eingeplant werden, da es im Göttinger Südwesten generell sehr laut ist.
- Seit Beginn der Planungen haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Die Planungen begannen vor Jahrzehnten als der gesamte Bereich noch zum LKH Göttingen gehörte. Damals gab es den Park noch nicht. Die Klinik versorgte sich durch eigene landwirtschaftliche Erzeugnisse, die auf den Flächen angebaut wurden. Anfang der 70er Jahre wurde dort der Park angelegt und entwickelte sich zu einer Schönheit. Seit Anfang der 80er Jahre wurde er der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Damals kooperierten sämtliche Einrichtungen miteinander, da sie ja unter einer Trägerschaft standen. Als das Land 2007 seine Landeskrankenhäuser veräußerte, fiel der psychiatrische Klinikbereich an die Asklepios Kliniken GmbH nur der Hochsicherheitsbereich/Maßregelvollzug und der angrenzende Hauptteil des Parks verblieben beim Land. Die Teilung wurde derart absurd vollzogen, dass die neue Grundstücksgrenze mitten durch einen Minigolfplatz verlief, die Landeseinrichtung ohne Wegerecht zwischen den Anrainern liegt und alle Verbrauchsmaterialien und Nahrungsmittel aus dem über 20 km entfernten MRVZN Moringen herangeschafft werden müssen.
- Der alte Baumbestand auf dem Parkgelände ist zudem nachgewiesener Lebensraum des Grünspechts und einiger Fledermausarten.

Die Vertreter des Landes weigern sich, unsere fundierten Sachargumente bei den Planungen zu berücksichtigen. Sie nutzen jedes Mittel, leider auch irreführende Teilinformationen, gegenüber kommunalen Gremien und der Presse, um das Vorhaben durchzudrücken. Zuerst hieß es, das (wesentlich größere) Alternativgelände sei zu klein, danach unbebaubar, später ‚nur noch‘ von wesentlich schlechterer Bodenqualität als der Park, was die endlich einsehbaren Gutachten allerdings widerlegen. Am Alternativstandort war schließlich 20 Jahre lang (Anfang der 80er bis 2002) der Neubau einer wesentlich größeren JVA Göttingen-Leineberg vorgesehen. Es sei generell zu laut (was aber für beide Gelände gilt), so dass Therapieerfolge gefährdet seien. Der Park sei die einzige Alternative für einen Neubau, dabei weist der Flächennutzungsplan beide Gelände als unbeplanten Außenbereich für Sondernutzung ‚Krankenhaus‘ aus usw. Das Hauptargument ist allerdings, dass der Park im Eigentum des

Landes steht und das Land deshalb damit machen könne, was es will. Eine Abwägung i.S.d. Artikel 14 Grundgesetz fand nicht statt.

So sieht ein zukunftsfähiger Ansatz für uns nicht aus:

- Landesbedienstete, die ohne Ortskenntnisse am grünen Tisch im stillen, fernen Kämmerlein Jahrzehnte lang ein Vorhaben planen, das den realen Gegebenheiten keinerlei Rechnung trägt
- die, nachdem sie von Anwohnern auf ein gleichwertiges Alternativgelände hingewiesen werden, über ein Jahr starr an diesem Plänen festhalten und die Planungen weiter vorantreiben
- dies mit den bisherigen Planungskosten begründen
- und deshalb der Alternative keine Chance geben
- motiviert von der Angst, dass der Bau sonst nicht zu Stande käme
- und uns Bürgern vorsorglich persönlich die Schuld dafür zuweisen.

**Ein derart bürgerfernes Vorgehen ist unseres Landes nicht würdig.** Menschlich wäre ein frühzeitiges Miteinander von Anwohnern und Behörden - eine gemeinsame, sachorientierte Suche nach einer Lösung, die den Belangen aller Betroffenen Rechnung trägt.

### **Muss Niedersachsen unbedingt ein eigenes ‚Stuttgart 21‘ haben?**

Bitte nehmen Sie sich unseres Anliegens an. Wir (und bislang ca. 2.500 Mitbürger) möchten diesen wunderschönen Park erhalten **und** zeitnah einen Neubau für die Patienten im Maßregelvollzug. Für uns, für die Patienten, für Göttingen und Niedersachsen, für die Generationen nach uns und unsere Mitgeschöpfe, als grüne Lunge und Erholungsgebiet mit außergewöhnlichem Ambiente, das durch den Neubau zerstört würde. Der Park liegt im Zentrum einer historischen Anlage, in der vor allem in den ersten Jahrzehnten nach ihrer Gründung im Jahr 1866 Medizingeschichte geschrieben wurde. Da seitens des Landes eine Nachnutzung des Festen Hauses von 1904 im kulturellen Bereich erwogen wird, wäre es auch aus diesem Grund sinnvoll, den Park zu erhalten. Wir, die Göttinger Bürgerinnen und Bürger, würden übrigens gern an der Entwicklung des Nachnutzungskonzeptes mitwirken. Bürgerschaftliches Engagement wird bei uns groß geschrieben.

Sie sind herzlich eingeladen. Machen Sie sich mit eigenen Augen ein Bild. Gern kommen wir auch zu Ihnen nach Hannover, untermauern o.g. Ausführungen mit Fakten und stellen unsere Ideen für ein Nachnutzungskonzept vor.

Die zuständigen Fachministerien, den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration und die Medien informieren wir ebenfalls über diesen Konflikt in der Hoffnung, dass sich doch noch eine einvernehmliche Lösung erzielen lässt, mit der alle Beteiligten leben können.

Mit herzlichen Grüßen

Unabhängige Initiative LeineBÜRGER für Lebensqualität in Göttingen

Anlagen